



Tagesordnung I Punkt 16 der öffentlichen Sitzung am 04. Februar 2014

Vorlagen-Nr. 14-F-03-0013

Mieterticket

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.1.2014 -

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus hat bereits 2004 auf die Vorzüge eines Mietertickets hingewiesen und einen Vorschlag zur Umsetzung gemacht, der nunmehr in Frankfurt auf dem Riedberg im Rahmen eines Pilotprojekts „Wohnen und Mobilität aus einer Hand“ für die Bewohner von 229 Wohnungen der ABG Frankfurt Holding, Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Frankfurt am Main, realisiert wurde.

Das Mieterticket wird vom Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) und ABG zusammen mit den lokalen Partnern traffiQ und Verkehrsgesellschaft Frankfurt (VGF) angeboten.

Mieter der ABG können Busse und Bahnen im RMV günstiger nutzen. Um dieses preislich besonders attraktive Angebot zu ermöglichen, gibt der RMV eingesparte Vertriebskosten - wie bei anderen Großgruppenangeboten auch - an seine Kundinnen und Kunden weiter.

Zudem gibt es noch ein günstiges „Schnupperangebot“. Die Mieter können für drei Monate ein Ticket ausprobieren. Sie selbst zahlen dann nur für einen Monat. Für die beiden weiteren Monate teilen sich jeweils ABG und RMV die Kosten.

Der RMV wäre grundsätzlich bereit, das Angebot auf andere Mietergruppen im Rhein-Main-Gebiet auszuweiten.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

mit dem RMV und den Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaften Gespräche aufzunehmen mit dem Ziel ein ÖPNV-Mieterticket für die Mieter anzubieten.

Protokollnotiz Nr. 0017

Die Beratung und Beschlussfassung wird aus Zeitgründen auf die nächste Sitzung des Ausschusses, am 25.03.2014, verschoben.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .02.2014

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .02.2014

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .02.2014

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister